



HEINRICH BÖLL STIFTUNG

POLITISCHER JAHRESBERICHT

Mitte 2003 bis Mitte 2004

Regionalbüro Südkaukasus

Index

1. Zusammenfassung
 2. Die politische Situation im Südkaukasus
 - 2.1 Aserbaidschan
 - 2.2 Innenpolitische Entwicklungen in Armenien
 - 2.3 Innenpolitische Entwicklungen in Georgien
 - 2.4 Ungelöste ethno-politische Konflikte
 - 2.5 Der Südkaukasus im internationalen Kräfteverhältnis
 3. Die Arbeit des Regionalbüros der Heinrich-Böll-Stiftung
 - 3.1 Konfliktbearbeitung und grenzüberschreitende Dialoge
 - 3.2 Netzwerk junger ExpertInnen für soziale Bildung und nachhaltige Entwicklung
 - 3.3 Unterstützung und Beratung für Frauenempowerment-Initiativen
 - 3.4 EU-Südkaukasus-Dialog:
 4. Ausblick
- Anhang 1: Chronologie Juni 2003 – Juli 2004
Anhang 2: Liste der Veröffentlichungen

1. Zusammenfassung

Die Eröffnung des Regionalbüros Südkaukasus der Heinrich-Böll-Stiftung im Juni 2003 in Tbilisi fiel in eine Zeit grundlegender politischer Veränderungen in Georgien.

Die georgische „Rosenrevolution“ und die vorausgegangenen Ereignisse mit ihren Auswirkungen auf die gesamte Region haben die Notwendigkeit und Aktualität der Stiftungsarbeit im Südkaukasus unterstrichen und die Nachfrage nach Kontakten und Informationen aus der Region in Deutschland und Westeuropa deutlich erhöht.

Von den politischen Veränderungen in Georgien, aber auch vom Generationenwechsel in Aserbaidschan durch den Machtübergang von Präsident Heidar Aliev auf seinen Sohn wurden und werden positive Auswirkungen auf die Perspektiven für eine dauerhafte Lösung der schwelenden ethno-politischen Konflikte in der Region erwartet. In dem ersten halben Jahr ihrer Präsidentschaft haben die jungen Präsidenten in Georgien und Aserbaidschan jedoch noch nicht allzu viel Anlaß für Optimismus in dieser Richtung geboten.

Politisch zeichnet sich in Georgien zunehmend ein Widerspruch zwischen dem von der neuen Regierung propagierten Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität einerseits und der Einhaltung bzw. Durchsetzung rechtsstaatlicher Verfahren andererseits ab. Auch in Armenien und Aserbaidschan bleibt die Lage der Menschenrechte und der Demokratie weit von den geforderten Standards des Europarates entfernt.

Das Regionalbüro Südkaukasus hat im ersten Jahr seines Bestehens seine Arbeit in vier programmatische Richtungen entwickelt:

1. Konfliktbearbeitung und grenzüberschreitende Dialoge: Buch- und Filmproduktionen zur Überwindung der Informationsblockaden zwischen den Gesellschaften in Abchasien/Georgien und Armenien/Aserbaidschan, Serie von georgisch-russischen Treffen auf informeller Ebene, Beteiligung am georgisch-abchasischen Dialogprozess mit eigenen Veranstaltungen in Moskau; Unterstützung der Partnerorganisation „Kaukasisches Haus“ (Tbilisi) und der AG zur Freilassung von Geiseln und Vermissten des Karabach-Konfliktes.
2. Netzwerk junger ExpertInnen für soziale Bildung und nachhaltige Entwicklung: Ein regionales Sur-place-Stipendienprogramm für junge NachwuchswissenschaftlerInnen in den Disziplinen Soziologie, Zeitgeschichte und Urbanistik mit dem Ziel, ein Netzwerk für die Durchführung gemeinsamer Bildungs- und Medienprojekte aufzubauen.
3. Unterstützung und Beratung für Frauenempowerment-Initiativen: Seminare und Bildungsangebote für lokalpolitische Initiativen von Frauen v.a. in abgelegeneren oder durch politische Konflikte isolierten Regionen
4. EU-Südkaukasus-Dialog: Serie von Tagungen und Austauschprogrammen zur Formulierung einer aktiveren Südkaukasus-Politik der EU und zur Ausgestaltung der „New-Neighbourhood-Policy“ der EU durch die südkaukasischen Staaten

2. Die politische Situation im Südkaukasus

Als das Regionalbüro Südkaukasus der Heinrich-Böll-Stiftung in Tbilisi im Juni 2003 offiziell eröffnet wurde, war wohl kaum einer der Eröffnungsgäste darauf vorbereitet, welche dramatischen politischen Veränderungen mit direkten Auswirkungen auf die Stiftungsarbeit unmittelbar bevorstanden. Zwar war schon längere Zeit die Rede vom „Herbst der Patriarchen“, womit der mittelfristige Abgang der Langzeit-Herrscher, früheren KP-Chefs und Politbüro-Mitglieder Edward Schewardnadze (Georgien) und Heidar Aliev (Aserbaidschan) umschrieben wurde. Daß er jedoch im Falle Georgiens schon im November durch eine unblutige Revolution erfolgen würde, die aus dem Protest gegen gefälschte Parlamentswahlen erwuchs und an der georgische Nichtregierungsorganisationen maßgeblichen Anteil hatten, kam für die meisten, und nicht zuletzt für die erfolgreichen Revolutionäre selbst, doch unerwartet.

In Aserbaidschan hatten viele Beobachter mit einer tiefen politischen Krise des autoritär strukturierten Systems für den Fall gerechnet, daß der greise Präsident Heidar Aliev aus gesundheitlichen Gründen auf eine weitere Amtszeit verzichten müsste. Wie es der aserbaidischen Machtelite jedoch gelang, auch ohne Heidar Aliev im Zuge massiv gefälschter Präsidentschaftswahlen die Erbfolge von Aliev Vater auf Aliev Sohn zu sichern und zugleich die protestierende Opposition durch eine Repressionswelle zu marginalisieren, hat nicht nur einen scharfen Kontrast zu dem „befreundeten Nachbarland“ Georgien gesetzt, sondern auch die westlichen Unterstützer des ölfreudigen, säkularen und islamischen Europaratmitgliedes Aserbaidschan einem Glaubwürdigkeitstest unterzogen.

Zwei sehr unterschiedliche Wege des politischen Generationenwechsels brachten also in beiden Ländern jüngere Männer an die Macht, die eine längere Ausbildung im Westen genossen haben, Englisch mindestens so gut wie Russisch sprechen und die Rede von Demokratie, Marktwirtschaft und europäischer Integration mühelos im Munde führen. Beide regieren Länder, die in den ethnoterritorialen Kriegen in der ersten Hälfte der 90er Jahre ein Teil ihres Staatsgebietes faktisch verloren haben und in denen die „Wiederherstellung der territorialen Integrität“ ganz oben auf der öffentlichen Agenda steht. Eine Zäsur somit nicht nur für die betroffenen Länder selbst, sondern dank der komplex miteinander verwobenen Problem- und Konfliktslagen für den Südkaukasus insgesamt.

Dabei ist der Begriff „Region“ für den Südkaukasus eigentlich nur geographisch uneingeschränkt zu verwenden: Die drei Staaten südlich des großen Kaukasus, zwischen Schwarzen und Kaspischem Meer. Jede darüber hinaus reichende Definition als „Region“ stößt sich schnell an den Realitäten:

- Im Südkaukasus selbst gibt es unter politischen Eliten und in der breiten Bevölkerung kaum ein Bewusstsein dafür, über die eigenen nationalen Grenzen hinaus einer „Region“ anzugehören.
- Politisch ist die Region extrem desintegriert, aufgeteilt durch ungelöste ethnopolitische und territoriale Konflikte, die sie in sechs politische Einheiten (davon drei nichtanerkannte de-facto-Staaten) trennen. Zwischen diesen Entitäten bestehen teilweise hochgerüstete Frontlinien, teilweise entmilitarisierte, doch noch immer stark verminten Zonen, und auch die Grenzen zwischen offiziell „befreundeten Staaten“ sind durch langwierige Abfertigungsprozeduren und korrupte Zollbeamte ein Hindernis für freien Personen- und Warenverkehr.
- Der Ost-West-Dimension „Südkaukasus“ steht – positiv und negativ – die Nord-West-Dimension „Gesamtkaukasus“ gegenüber; viele der Entwicklungen im Südkaukasus sind direkt von Entwicklungen im Nordkaukasus beeinflusst (Kultur, Handel; Schmuggel, Arbeitsmigration), und die südkaukasischen Konflikte sind direkt mit dem Nordkaukasus verbunden (Abchasien-Adygea/Tscherkessien, Südossetien-Nordossetien, Auswirkungen des Tschetschenien-Krieges auf Georgien etc.)
- Viel stärker als an „regionalen Interessen“ orientieren sich die Akteure im Südkaukasus an den vielfach divergierenden Interessen externer Akteure; während sich Georgien und Aserbaidschan stark an einer strategischen Partnerschaft mit den USA ausrichten, enge Verbindungen mit der Türkei unterhalten und erst zuletzt eine gewisse Entspannung im Verhältnis zu Russland gefunden haben, spielen in Armenien der historische Konflikt mit der Türkei und die enge Bindung an die „traditionelle Schutzmacht Russland“ eine zentrale Rolle, ergänzt von engen Handelsbeziehungen mit dem Iran.
- Die Ausbeutung der Öl- und Gasreserven im Kaspischen Becken hat bislang auch eher zu einer Verstärkung der Trennungslinien geführt: Aserbaidschan hofft darauf, durch großen Ölreichtum und Aufrüstung den Kriegsgegner Armenien in die Knie zwingen zu können. Tatsächlich wurde die Pipeline Baku-Tbilisi-Ceyhan trotz höherer Kosten auf amerikanischen Druck hin an Armenien vorbei geführt.

Neben den ungelösten Territorial- bzw. Sezessionskonflikten hemmen eine ganze Reihe gravierender Probleme in den drei Staaten der Region wirtschaftliche und soziale Entwicklung:

- Sicherheitsprobleme: Die enorme und unkontrollierte Verbreitung von Kleinwaffen, Organisierte Kriminalität mit Verbindungen in höchste Regierungskreise, die sich v.a. dem Handel mit Drogen, Waffen und sogar Menschen (Trafficking, Entführungen) widmet, sowie das Terrorisieren ganzer Gegenden durch unkontrollierbare Banden (z. Bsp. Gali-Region in Abchasien) machen die Gewährleistung von menschlicher Sicherheit zur obersten Priorität.

- **Korruption:** Die Verbindung von privaten Geschäftsinteressen mit politischen Ämtern, die Käuflichkeit von Ämtern, die Abhängigkeit der Gerichte von der Exekutive, die Privatisierung staatlicher Hoheitsrechte und die Verflechtung von Rechtsschutzorganen mit kriminellen Strukturen haben den Glauben der Menschen an eine demokratische und rechtstaatliche Zukunft ihrer Länder untergraben; von dem Erfolg und der Glaubwürdigkeit jüngster Reformbemühungen in Georgien hängt deshalb für die ganze Region viel ab.
- **Intransparenz politischer Strukturen:** Die Auswahl des politischen Personals erfolgt in allen politischen Entitäten v.a. über informelle Netzwerke, nach Loyalität gegenüber politischen Führern und/oder über Ämter- und Mandatskauf; nach westlichem Muster dezentral organisierte Parteien als relativ transparentes und demokratisches Instrument zur Rekrutierung politischen Personals fehlen.
- **Soziale Sicherheit:** Auch vierzehn Jahre nach dem Kollaps der sowjetischen Wirtschaft lebt ein großer Teil der Bevölkerung in allen Staaten am Rande des Existenzminimums. Langzeitarbeitslose, Alte und Kranke sind nach dem Zusammenbruch der sowjetischen Versorgungssysteme nur über informelle Netzwerke aus Familien und regionalen Clans abgesichert; Menschen ohne Einbindung in ein derartiges Netzwerk sind von Verelendung bedroht.
- **Dramatischer Stadt-Land-Gegensatz:** Viele Attribute moderner Zivilisation (Strom, Wasser, Gas, Straßennetz, medizinische Versorgung, Kultur- und Bildungsangebote) sind im Südkaukasus mittlerweile auf einige urbane Zentren beschränkt. In vielen, v.a. abgelegeneren ländlichen Regionen besteht Subsistenzwirtschaft; aus manchen Gegenden ist fast die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung abgewandert.
- **Migration:** Kriege und sozialökonomische Krise haben in den 90er Jahren zur Auswanderung von bis zu einem Viertel der Bevölkerung der Region geführt. Der wichtigste Migrationsstrom führte nach Russland, wohin Millionen jüngerer Männer zum Arbeiten übergesiedelt sind. Die Mehrheit der von Flucht und Vertreibung durch Krieg betroffenen BinnenmigrantInnen ist auch nach über zehn Jahren nur unzureichend in ihrer neuen Umgebung integriert.
- **Menschenrechtsverletzungen:** Katastrophale Zustände in Haftanstalten und Psychiatrien, Korruption und Unbildung in den Rechtsschutzorganen und autoritäre Regierungsführung durch nur unzureichend legitimierte Regierungen in Aserbaidschan, Armenien und den nichtanerkannten Republiken sorgen immer wieder für gravierende Menschenrechtsverletzungen, auch wenn v.a. auf Druck des Europarates in den letzten Jahren einige Verbesserungen eingetreten sind.
- **Situation von Frauen:** Im öffentlichen Leben der Hauptstädte und den wichtigsten Medien sind Frauen präsent als aktive, selbständige und kompetente Akteurinnen, in der Politik hingegen sind sie fast nicht repräsentiert. Informelle Hürden, die von gesellschaftlichen Stereotypen verstärkt werden, sorgen für die Marginalisierung von Frauen in der Politik. Im Alltag, v.a. auf dem Land, tragen Frauen die Hauptlast des familiären Lebens und sind, da flexibler und nicht durch für Männer geltende Wertekodexe von „unwürdiger und würdiger Arbeit“ geschützt, oftmals für die Organisation des Lebensunterhalts verantwortlich. Dies gilt umso mehr für die Fälle, in denen Frauen wegen der Arbeitsmigration ihrer Männer auf sich gestellt sind.

Die südkaukasischen Gesellschaften teilen neben dieser Vielzahl von Problemen aber auch wichtige Entwicklungsressourcen: Zum einen ist der durchschnittliche Ausbildungsstand der Bevölkerung noch immer hoch. Das Interesse an Politik ist groß, viele Menschen bemühen sich um Information. In den letzten zehn Jahren konnten viele junge Menschen, meist Angehörige städtischer Eliten, Auslandserfahrung sammeln; ihre Rückkehr in die Region und die Übernahme gesellschaftlicher und politischer Verantwortung durch sie bringt einen qualitativen Veränderungsschub.

Zum anderen ist die Veränderungsbereitschaft nach vielen Krisenjahren unter den Menschen hoch; die durch das Sowjetsystem und die Versprechungen autoritärer Regime genährte paternalistische Erwartungshaltung hat abgenommen. In den numerisch kleinen Gesellschaften des Südkaukasus mit ihren entsprechend kleinen Eliten und ihren dichten Informationsnetzwerken kann daher auch von einzelnen erfolgreichen Projektmaßnahmen eine hohe multiplikatorische Wirkung ausgehen.

2.1 Aserbaidschan

In Aserbaidschan, das von Präsident Heidar Aliev und seinem aus seiner Heimatregion Nachitschewan stammenden Clan mit einer Unterbrechung seit Jahrzehnten autoritär kontrolliert wurde, stellte sich seit Anfang 2003 fast nur eine Frage: Wird der achtzigjährige, schwer kranke Präsident erneut zur Wahl im Herbst antreten, oder stürzt sein Regime durch sein Ableben oder gar durch einen möglichen Wahlsieg der Opposition in eine Krise? Öffentliche, pogromartige Übergriffe gegen einige unabhängige Menschenrechtsgruppen, die sich um die Zusammenarbeit mit Armeniern aus Armenien und Berg-Karabach bemüht hatten, wurden von den Behörden nicht nur nicht unterbunden, sondern offenbar sogar mit inszeniert. Interpretiert wurden diese Ereignisse im Frühjahr von den Betroffenen selbst als deutliche Anzeichen einer Schwäche des Regimes.

Im Rückblick auf die Wahlen am 15.10. und die nachfolgenden Ereignisse erscheinen Hoffnungen auf einen durch demokratische Wahlen herbeigeführten Machtwechsel, wie sie noch kurz vor den Wahlen von westlichen Diplomaten, oppositionellen Gruppen und Nichtregierungsorganisationen geäußert wurden, als geradezu naiv. Im Vorfeld der Wahlen galt lange Zeit die von Aliev dann aber tatsächlich gewählte Lösung der

Übertragung seiner Macht in Form dynastischer Erbfolge an seinen Sohn İlham Aliev als nicht realisierbar. Der junge İlham Aliev verfügte über keine politische Erfahrung und stand im Ruf eines reichen, verwöhnten Zöglings mit zweifelhaftem Lebenswandel. Allerdings konnte sich auch die in verschiedene nationalliberale bis nationalistische Parteien zersplitterte Opposition nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Es gab somit keinen überzeugenden charismatischen Herausforderer, der jenseits nationalistischer Versprechungen über die gewaltsame Rückeroberung von Berg-Karabach oder der Verheißung einer Neuverteilung des Ölreichtums glaubwürdige programmatische Angebote machen konnte.

Wirklich überraschend an den Wahlen war daher nicht das Ergebnis, nämlich die Bestätigung der ersten quasi dynastischen Erbfolge auf dem Territorium der früheren Sowjetunion, sondern das Ausmaß der gezielten Fälschungen und der die Wahlen begleitenden Repressionen: Laut verschiedenen Einschätzungen wäre auch bei freien und demokratischen Wahlen eine Mehrheit für İlham Aliev von etwa 40–50% der Stimmen in der ersten Runde zu erwarten gewesen, da das Konzept autoritär organisierter politischer Stabilität und Sicherheit in Aserbaidschan viele Anhänger hat. Offenbar waren sich die Aliev-BeraterInnen ihrer Mehrheit jedoch so unsicher, dass sie zu massiven Wahlfälschungen durch Ausschluss Oppositioneller aus den Wählerlisten, Einschüchterung von Wählern und Verhaftung oppositioneller Mitglieder von Wahlkommissionen griffen. Im Ergebnis wurde eine Mehrheit von 77% für İlham Aliev produziert, dem populärsten Gegenkandidaten İsa Gambar wurden 14% der Stimmen zugestanden. Während der offizielle OSZE-Bericht seine scharfe Kritik an den Wahlen noch in diplomatisch höfliche Formen kleidete, nannten die vom „Internationalen Institut für Demokratie in Osteuropa“ (IDEE) in die OSZE-Mission entsandten 188 Beobachter in einem eigenen Votum die Wahlen „nicht demokratisch, nicht frei und nicht fair“.

Am Folgetag kam es auf dem zentralen Paradeplatz in der Innenstadt Bakus zu schweren gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der Opposition und Polizei- sowie Militäreinheiten, bei denen mindestens ein Demonstrant getötet und Hunderte von DemonstrantInnen und PolizistInnen teilweise schwer verletzt wurden. Es folgte eine Welle von Verhaftungen, der über 600 Angehörige von Oppositionsparteien, widerspenstige Angehörige von Wahlkommissionen und zahlreiche Journalisten zum Opfer fielen. Viele Verhaftete wurden Ende Oktober wieder freigelassen; allerdings blieben die Anführer der Oppositionsparteien und wichtige oppositionelle Journalisten in Haft. Gegen sie werden seither Gerichtsverfahren wegen eines „gewaltsamen Umsturzversuchs“ angestrengt.

Der Tod Heidar Alievs im Dezember führte zu den größten Trauerkundgebungen in der Geschichte des Landes. Noch ist nicht abzusehen, wie lange das „System Aliev“ seinen Gründer überlebt. Auf der einen Seite hat sein Sohn bislang noch kaum personelle Veränderungen in der von seinem Vater geerbten Regierungsmannschaft vorgenommen und ist auch ansonsten nur wenig mit politischen Initiativen an die Öffentlichkeit getreten. Wie zu Zeiten des Vaters gibt es in Aserbaidschan politische Gefangene, deren Existenz und mögliche Freilassung regelmäßig zum Gegenstand von Auseinandersetzungen mit dem Europarat in Straßburg wird. Die Kampagnen gegen unabhängige Menschenrechtler, darunter wichtige Partner der Heinrich-Böll-Stiftung, die als „Landesverräter“ und „bezahlte Agenten“ verunglimpft werden, haben an Schärfe eher zugenommen. Auch populäre reformorientierte Geistliche sind neuerdings Verfolgungen ausgesetzt. Die totale Kontrolle der elektronischen Medien durch das Regime hat sich trotz der Verpflichtung Aserbaidschans gegenüber dem Europarat, ein unabhängiges öffentlich-rechtliches Fernsehen einzurichten, nicht gelockert. Von seinem Vater übernommen hat İlham Aliev auch ein nach regionaler Herkunft organisiertes informelles Clansystem, das den Zugang zu Ölreichtum und öffentlichen Ämtern monopolisiert und Angehörigen der Regionalclans aus Nachitschewan und Berg-Karabach eindeutige Vorteile einräumt.

Auf der anderen Seite halten sich hartnäckig Einschätzungen, nach denen sich der junge, politisch eher unerfahrende Präsident als Reformier in den Kampf mit einflussreichen Vertretern der von seinem Vater übernommenen Machtstrukturen begeben habe und an einer langsamen Demokratisierung und Verrechtlichung des Systems „von innen“ arbeite. Mögliche Anzeichen dafür sind Angriffe gegen einige als konservativ geltende Minister in Medien und Parlament, die Unterzeichnung einer Vereinbarung zur Reform des Strafvollzugs zwischen Justizministerium und einigen Nichtregierungsorganisationen, die insgesamt leicht verbesserte Zusammenarbeit mit dem Europarat, Ansätze zur politischen Dezentralisierung vor den für nächstes Jahr geplanten Kommunalwahlen und Diskussionen über eine dringend gebotene Diversifizierung der Wirtschaft des Landes.

Die Konzentration des Profits aus dem Ölgeschäft durch wenige Oligarchen, die dominante Stellung westlicher Ölfirmen, welche selbst als korrupt und mit dem Regime verbündet angesehen werden, und die als „Verrat“ gebrandmarkten verhaltenen Reaktionen westlicher Regierungen auf die Wahlfälschung – dies alles verschafft antiwestlichen, islamistischen Kräften, die im säkular geprägten Aserbaidschan früher kaum Unterstützung fanden, unter den zahlreichen Angehörigen marginalisierter Bevölkerungsgruppen zunehmend Auftrieb. Der Gefahr einer Erkrankung Aserbaidschans an der „holländischen Krankheit“, (Monopolisierung von Ölreichtum bei kleiner städtischer Elite, Korruption, verfallende Infrastruktur) soll nun durch einen außerbudgetären Ölfonds entgegengewirkt werden, in den alle Gesellschaften bestimmte Anteile ihrer Öleinnahmen einzahlen müssen und dessen Mittel für technische und soziale Infrastruktur sowie für Programme zur Diversifizierung der Wirtschaftsentwicklung (Landwirtschaft, verarbeitende Industrie, Forschung und Entwicklung) eingesetzt werden sollen.

2.2 Innenpolitische Entwicklungen in Armenien

Insgesamt befindet sich Armenien im Unterschied zu seinen Nachbarstaaten derzeit in einer Phase „autoritärer Stabilität“: Das Regime von Präsident Kotscharjan verfügt zwar nur über eine unzureichende demokratische Legitimation angesichts der massiven Unregelmäßigkeiten bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Frühjahr 2003 und der kaum verhüllten Regierungskontrolle über die elektronischen Medien, doch besitzt die politische Opposition keine glaubwürdige Strategie, keine unbestrittenen Führungspersönlichkeiten und keine breite öffentliche Unterstützung. Dies wurde zuletzt im Frühjahr 2004 deutlich, als von der Opposition organisierte Massendemonstrationen „bis zum Rücktritt des Präsidenten“ deutlich weniger Zulauf als beabsichtigt fanden und von der Regierung gewaltsam aber nachhaltig beendet werden konnten. Die Politik des kleinen Landes, das seit 1990 durch Emigration bis zu 40% seiner Bevölkerung verloren hat, wird von zwei Gruppen bestimmt: Den Führungskadern der sog. Karabach-Armenier, die nach dem De-facto-Sieg im Karabach-Krieg mit Aserbaidschan die Führung im „Mutterland“ übernommen haben und die von Präsident Kotscharjan repräsentiert werden, und von Vertretern der armenischen Diaspora. Die Außenpolitik des Landes orientiert sich weitgehend an der „unverbrüchlichen Freundschaft“ mit der Schutzmacht Russland, wobei nach dem 11. September 2001 auch verstärkt der Kontakt mit den USA und der EU gesucht wurde.

Das Land befindet sich – ausgehend von niedrigem Niveau – in einer Phase stetigen Wirtschaftswachstums (2003: ca. 6%), das von massiven Investitionen reicher Diaspora-Armenier und russischer staatseigener Unternehmen in die Infrastruktur des Landes gefördert wird. Armenien leidet unter der Blockade seiner Ost- und Westgrenzen durch Aserbaidschan und die Türkei. Der Ausbau der Handelsbeziehungen zu Iran ist v.a. dieser Tatsache geschuldet. Zu Georgien besteht offiziell ein gutnachbarliches Verhältnis; in der Realität ist die Beziehung zwischen den beiden Ländern jedoch belastet: Einerseits wegen der Angst der armenischen Regierung vor Auswirkungen der georgischen Revolution auf Armenien und andererseits wegen der insgesamt schlechten Situation der armenischen Bevölkerung im georgischen Javachetien.

Die politische und militärische Abhängigkeit Armeniens von Russland wird verstärkt durch die dominante Stellung russischer Konzerne im Energiesektor und den wenigen industriellen Großbetrieben. Nach den jüngsten Vereinbarungen zwischen dem halbstaatlichen russischen Stromkonzern EES und der armenischen Regierung befinden sich nunmehr über 80 Prozent der armenischen Kraftwerkskapazitäten in russischem Besitz. Am bedeutendsten ist die Übertragung eines zunächst auf fünf Jahre befristeten Betriebsrechts für die wichtigste armenische Stromfabrik, das umstrittene Atomkraftwerk Metsamor, an Russland. Nach einer Vereinbarung mit der Europäischen Union soll dieses auf einer Erdspalte gelegene AKW, das 50 Prozent des armenischen Strombedarfs deckt, im Jahre 2004 endgültig stillgelegt werden. Doch beeilte sich die russische Seite am 24. Oktober in Form einer „wissenschaftlichen Stellungnahme“ eines Moskauer Nuklearforschungsinstitutes „den problemlosen und sicheren Weiterbetrieb des Leichtwasserreaktors für mindestens 13 Jahre“ in Aussicht zu stellen.

In bezug auf das Verhältnis zur Türkei hoffen Pragmatiker in Armenien auf eine mögliche Annäherung und beobachten die türkische Reformpolitik in Richtung EU-Beitritt mit Interesse und Hoffnung. Eine Öffnung der Grenze zur Türkei würde dem Land voraussichtlich einen deutlichen wirtschaftlichen Schub bringen und es aus der derzeitigen politischen Isolation wegen des ungelösten Karabach-Konfliktes befreien. Allerdings werden in 2005 durch den 90. Jahrestag der Ermordungen und Vertreibungen von Armeniern aus Ostanatolien (bzw. historisch Zentralarmenien) zunächst ganz andere Themen und Tonlagen dominieren.

2.3 Innenpolitische Entwicklungen in Georgien

Korruption, die zunehmende Kriminalität innerhalb der Rechtsschutzorgane, massiver Vertrauensverlust in politische Institutionen von Seiten der Bevölkerung wie von Seiten der internationalen Gemeinschaft, der Zusammenbruch technischer und sozialer Infrastruktur – nach Jahren der andauernden Verschlechterung der wirtschaftlichen und politischen Situation reichte eine nach postsowjetischen Verhältnissen nur durchschnittlich gefälschte Parlamentswahl im November 2003 aus, um das Faß in den Augen der meisten Georgier endgültig zum Überlaufen zu bringen.

Nachdem sich die von dem zunehmend orientierungslosen Präsidenten Schewardnadze kaum mehr kontrollierte Regierung weigerte, trotz massiver internationaler Kritik an den Parlamentswahlen und gegenteiligen Ergebnissen unabhängiger Zählungen die Niederlage des Schewardnadze-Blocks einzuräumen, kam es zu wochenlangen Massendemonstrationen in Tbilisi, die von den Führern der nationaldemokratischen Opposition angeführt wurden und vom unabhängigen Fernsehsender „Rustavi 2“ in permanenter Liveschaltung übertragen wurden. Die Erstürmung des Parlaments durch Demonstranten am 22.11. während dessen konstituierender Sitzung führte zum Rücktritt von Präsident Schewardnadze und zu vorgezogenen Präsidentschaftswahlen, aus denen der populäre Oppositionsführer Micheil Saakaschwili am 4.01.2004 mit nahezu 97 Prozent der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 80 Prozent als Sieger hervorging.

Entscheidendes Resultat der Ereignisse ist ein nahezu kompletter Austausch der politischen Elite in den staatlichen Spitzenpositionen. An die Stelle älterer und weitgehend diskreditierter Funktionsträger, deren

politische Karriere zu Zeiten des georgischen KP-Generalsekretärs Schewardnadze begann und seither mit dessen Namen und Patronage verbunden blieb, sind teilweise sehr junge, ambitionierte Leute getreten, deren Qualifikationen auf ihre Mitarbeit in Nichtregierungsorganisationen, auf Ausbildungszeiten im Westen und auf internationale Trainingsprogramme zurückgehen. Ihre politische Reifezeit im Umgang mit den gravierenden Problemen des Landes und der Widersprüchlichkeit von Interessen liegt aber noch vor ihnen. Der Regierungswechsel in Georgien hat Chancen für die Entwicklung des Landes zu einem demokratischen Rechtsstaat eröffnet: An die Stelle einer in Abwehrkämpfe verstrickten, korrupten und weitgehend handlungs- und entscheidungsunfähigen Regierung trat nun eine entscheidungsfreudige Regierung mit einem starken Präsidenten, der über einen großen Vertrauensvorsprung und ein klares politisches Mandat verfügt. Reformwillen kann der Regierung nicht abgesprochen werden. Von ihren Bemühungen um Erneuerung des Steuersystems, dem Kampf gegen Korruption, die Reorganisation der Rechtsschutzorgane, (v.a. Zoll und Polizei) können durchaus positive Wirkungen auf die Gesamtregion und darüber hinaus auf andere GUS-Staaten ausgehen.

Der größte Erfolg Saakaschwilis in seiner bisherigen Regierungszeit war zweifellos die unblutige Vertreibung des charismatischen Autokraten Aslan Abaschidze aus seinem de-facto unabhängigen „Fürstentum“ Adscharien Anfang Mai 2004. Abaschidze, der sich nach außen als der unversöhnlichste Opponent Schewardnadzes gebärdete, war zugleich einer der größten Profiteure der Schewardnadze-Ära: Einem stillschweigenden Gentlemen-Agreement folgend, ließ Schewardnadze ihm in seiner mehrheitlich von muslimischen Georgiern bewohnten Autonomen Republik gegen die Zusicherung formaler Loyalität freie Hand beim Aufbau eines quasifeudalen Staatswesens und duldete auch, daß Abaschidze die alleinige finanzielle Kontrolle über die türkisch-georgische Grenze und den größten Hafen des Landes in Batumi übernahm. Damit wurde Adscharien neben der abgespaltenen Region Südossetien zum wichtigsten Tor für Schmuggelware und zugleich zum Schauplatz einer nahezu unbegrenzten Bereicherung eines Familienclans. Seine Herrschaft sicherte sich Abaschidze durch die Garantie einer sozialen Grundversorgung für die Bevölkerung nach sowjetischem Muster (niedrige, aber regelmäßig ausgezahlte Löhne und Renten), enge persönliche Verbindungen in Moskauer Führungszirkeln, Personenkult und einen umfangreichen Sicherheitsapparat. Einige Monate schien es, als könne Abaschidze dem von der Tbiliser Novemberrevolution und ihrem strahlenden Helden Saakaschwili ausgehenden Druck widerstehen. Angesichts der kompromisslosen Forderung Saakaschwilis nach bedingungsloser Unterordnung unter seine Präsidentschaft war eine gewaltsame Konfrontation ein mögliches Szenario. Mit einer für ihn typischen Kombination aus Einschüchterung, Organisation von Massenprotesten, Sicherung internationaler Unterstützung und instinktsicher unternommenen riskanten populistischen Aktionen, bei denen er bislang immer Glück hatte, gelang es Saakaschwili jedoch bis Ende Mai, das Regime Abaschidze in die Falle zu treiben. Als Abaschidze durch Sprengung der Brücken zu Georgien und gewaltsame Auflösung von Demonstrationen sich jeden Rückweg verbaute, setzten sich Angehörige seiner Regierung reihenweise von ihm ab. Was blieb, war seine „Entsorgung“ durch den „politischen Beerdigungsunternehmer“ Igor Ivanov, früherer russischer Außenminister und jetzt Vorsitzender des nationalen Sicherheitsrates, der wie schon im Falle Schewardnadze eingeflogen wurde, um den Widerständigen zur Aufgabe zu überreden und ihn mit in sein Flugzeug nach Moskau zu nehmen. Offensichtlich hatte es dazu eine Absprache zwischen der russischen und der amerikanischen Regierung gegeben. Doch auch der Erfolg in Adscharien trägt deutliche Spuren der Risiken, die von der Regierung Saakaschwili schon nach wenigen Monaten für eine nachhaltige Transformation des Landes in Richtung Demokratie und Rechtsstaat ausgehen: Der Präsident neigt zu Populismus und Aktionismus, und er vernachlässigt transparente politische Entscheidungsprozesse.

Im Stile der „permanenten Revolution“ (Leo Trotzki) wurden gleich nach den Präsidentschafts- und noch vor den Parlamentswahlen nahezu ohne jede öffentliche und parlamentarische Debatte im Hauruck-Verfahren Verfassungsänderungen durchgesetzt, die den Staatsaufbau in Georgien massiv in Richtung eines autoritären Präsidialsystems verändert haben.

Die Parlamentswahlen Ende März, bei denen trotz ausdrücklicher Ermahnung des Europarates die undemokratische 7 Prozent Hürde in Kraft blieb, führten zum erwarteten Erdrutschsieg des Saakaschwili-Blocks „Nationale Bewegung“, allerdings bei einer bereits deutlich geringeren Wahlbeteiligung als im Januar. Nach Ansicht unabhängiger georgischer Wahlbeobachter wurde diesmal sogar in begrenztem Umfang zugunsten einer neuen und opportunen Oppositionspartei gefälscht: Die Saakaschwili-Leute sorgten dafür, dass die als ungefährlich und moderat eingeschätzte Partei aus „Neuen Rechten/Industrialisten“ in einigen Regionen überraschend hohe Ergebnisse erzielte und damit die 7 Prozent-Hürde überwand, während radikalere Saakaschwili-Gegner daran scheiterten.

Der größten Popularität erfreuen sich die Maßnahmen der neuen Regierung im Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen: Tatsächlich wurden in den letzten Monaten viele Zentralfiguren des mafiösen Netzwerkes aus Politik, Polizei, Zollbehörden abgesetzt und inhaftiert; damit konnte eine massive Verunsicherung des „alten Systems krimineller Autoritäten“ erreicht werden, was sich leider auch an einem deutlichen Anstieg der nun nicht mehr von ihnen regulierten Kleinkriminalität niederschlägt. Die Vorgehensweise gegen Verdächtige ist aber in den meisten Fällen weit von rechtsstaatlichen Verfahren entfernt: So werden hohe Ministerialbeamte mittags um 12 per „Spezialoperation“ von maskierten, schwerbewaffneten Einsatztruppen hinter ihrem Schreibtisch dingfest gemacht und vor laufenden TV-Kameras in Lieferwagen gezerrt.

Innerhalb weniger Stunden verfügt ein Gericht die vom Generalstaatsanwalt beantragte Verhängung einer dreimonatigen Untersuchungshaft. Der Beschuldigte landet in einem Gefängnisssystem, dessen katastrophaler Zustand Gegenstand vieler Anklagen des Landes vor dem Europarat war und an dem sich bis jetzt nichts geändert hat; die Zustände in den überfüllten Zellen und unter dem Diktat der das Gefängnis und die Wachbeamten kontrollierenden „kriminellen Autoritäten“ sind geeignet, die Persönlichkeit eines jeden Beschuldigten innerhalb von drei Monaten zu brechen oder ihn zumindest nachhaltig zu traumatisieren.

Mit vielen der verhafteten Repräsentanten des Schewardnadze-Systems handelte der Generalstaatsanwalt gleich nach ihrer Verhaftung einen „Deal“ aus: Sofern sie sich zur sofortigen Bezahlung grosser Summen aus ihrem illegal erworbenen Vermögen an die Staatskasse bereit erklärten, wurde jede weitere Strafverfolgung sofort fallengelassen. Für einige Monate wurde der Staatsanwalt so zur wichtigsten Einnahmestanz des Staates, während die Rechtsgrundlage für diese Vereinbarungen und die Kriterien für die Festsetzung des jeweils zu zahlenden Betrages sein und des Präsidenten Geheimnis blieben.

Saakaschwili regiert das Land am liebsten durch Pressekonferenzen, denen er weit mehr Aufmerksamkeit schenkt als regulären Regierungstreffen. Die Signale, die von diesen Pressekonferenzen nach „innen“ ausgehen, sind beunruhigend: „Wer nicht mit mir kämpft, ist ein Feind des Landes“. Während Saakaschwilis Sympathiewerbung im Westen nie darauf verzichtet, seine Ausbildung als Völkerrechtler und v.a. als Menschenrechtsexperte (erworben durch mehrmonatige Trainings beim Europarat in Straßburg und an der Columbia University in New York) zu betonen, äußert er sich im Innern etwa so: Der ehemalige Vorsitzende des Rechnungshofes „werde im Gefängnis verrotten, bis er den letzten Cent zurückgezahlt hat“. Tina Chidasheli, Vorsitzende der Jungen Juristen Georgiens, eine der bekanntesten NGO-Vertreterinnen Georgiens und in vorderster Reihe an der „Rosenrevolution“ beteiligt, kommentiert: „Meine Erwartung war, daß der georgische Präsident in der Sprache von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit sprechen würde. Dies wäre eine direkte Botschaft an den bürokratischen Apparat, für den er nun die oberste Rechtsinstanz darstellt. Diese Bürokraten interessiert nicht, was das Gesetz vorschreibt, sondern nur was der Präsident sagt. Wir haben gesehen, wie die Gefängnisadministration die Präsidentenworte vom ‚Verrotten im Gefängnis‘ verstanden hat – als klare Botschaft, daß sie ihren Gefangenen schlagen, foltern und in unerträglichen Bedingungen halten können.“

Saakaschwilis Regierung, der der langjährige Parlamentspräsident und ehemalige „Kronprinz“ Schwewardnadzes, Surab Schwania, vorsteht, besteht aus ambitionierten und gut ausgebildeten, aber politisch unerfahrenen Ministern ohne eindeutige Kompetenzaufteilung und ohne eindeutige Agenda. Sie wartet auf Befehle und wird durch mehrfache Ministerwechsel bereits nach wenigen Monaten zusätzlich verunsichert. Ultraliberalen Wirtschaftsreformern wie dem kürzlich aus Rußland angeworbenen Wirtschaftsmagnaten Bendukidze, der einen 28-jährigen Wirtschaftsminister ablöste, stehen Finanz- und Sicherheitsminister gegenüber, die eine in Teilen genau entgegengesetzte Orientierung vertreten. Der Premierminister selbst gilt als politischer Mastermind hinter Saakaschwili und zugleich als dessen ärgster Intimfeind.

Angesichts der vielen Widersprüche in der Politik des „Reformers Saakaschwili“ wird es daher v.a. von den Fähigkeiten und der Mobilisierungsbereitschaft der georgischen Zivilgesellschaft abhängen, ob zentrale Reformen zum einen tatsächlich angegangen und zum anderen erst nach transparenter Debatte in Parlament und Öffentlichkeit in rechtstaatlicher Form implementiert werden. Dazu zählen

- die Eindämmung der Korruption durch eine umfassende Verwaltungsreform;
- die Reform des Justizwesens (Herstellung der tatsächlichen Unabhängigkeit der Gerichte, Reform der Staatsanwaltschaft, Reform der Polizei und sonstigen Rechtsschutzorgane, Reform des Strafvollzugs);
- eine umfassende Steuerreform mit massiver Vereinfachung der Steuergesetzgebung und Entlastungen insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen;
- die Dezentralisierung des Staatsaufbaus mit der Verlagerung politischer Kompetenzen und Steuereinnahmen an die lokalen und regionalen gewählten Organe;
- Maßnahmen zur Integration der nichtgeorgischen Bevölkerung (ca. 20%) durch Bildungs- und Medienangebote in verschiedenen Sprachen, Georgisch-Kurse, Antidiskriminierungsgesetze;
- eine umfassende Bildungsreform (Sicherung des Zugangs zu Bildung für benachteiligte Bevölkerungsgruppen, v.a. in den Regionen, Reform der Curricula, Aufbau eines Berufsbildungssystems, Stärkung der universitären Selbstverwaltung etc.);
- Neuaufbau eines elementaren sozialen Sicherungssystems zur Bekämpfung der massiven Armut.

2.4 Ungelöste ethnopolitische Konflikte

Zehn Jahre nach dem Ende großangelegter Kampfhandlungen und der Unterzeichnung von Waffenstillstandsvereinbarungen sind die drei „großen“ ethnopolitischen Konflikte des Südkaukasus noch immer weit von einer friedlichen Beilegung entfernt. Zur Erinnerung: Anfang der 90er Jahre versuchte das im Innern selbst in bürgerkriegsähnliche Zustände verstrickte Georgien mit einer offen proklamierten „Georgien den Georgiern“-Politik die Sezessionsbestrebungen in den zu Georgien gehörenden Autonomen Republiken Abchasien und Südossetien gewaltsam zu unterdrücken, was nach brutalen Kriegen mit tatkräftiger militärischer Einmischung regulärer und irregulärer russischer Verbände auf Seite der Sezessionisten zur de-facto-

Abspaltung dieser Landesteile und zu Waffenstillständen führte, die von russisch dominierten Friedenstruppen überwacht werden. Zwischen Armenien und Aserbaidschan führte der seit langem schwelende Konflikt um die überwiegend armenisch besiedelte Enklave Berg-Karabach in Aserbaidschan von 1992–1994 zu einem grausamen Krieg, der zur Besetzung von ca. 14% aserbaidjanischen Territoriums durch Armenien und zur Vertreibung von bis zu 1,2 Mio Flüchtlingen auf beiden Seiten der Auseinandersetzung führte. Seit nahezu zehn Jahren wird international über die Beilegung der Konflikte verhandelt, im Falle Süd-Ossetiens und Karabachs unter der Ägide der OSZE, im Falle Abchasiens durch die UN.

2.4.1 Südossetien

Nach der erfolgreichen „Kopie“ der georgischen „Rosenrevolution“ in Adscharien, mit der Präsident Saakaschwili seinen ersten großen Erfolg auf seinem Weg zur versprochenen „Wiedervereinigung“ des Landes feiern konnte, war allgemein erwartet worden, daß sich der Präsident nun als nächstes der nur 90 km von Tbilisi entfernten „Republik Südossetien“ zuwenden würde. Auch wenn in Georgien den meisten klar ist, daß sich das adscharische Szenario in Südossetien nicht wiederholen läßt, da anders als dort ein gewaltsamer ethnopolitischer Konflikt mit schweren Traumatisierungen v.a. auf südossetischer Seite zu bewältigen ist, wird das „Austrocknen“ des „Schmuglerparadieses Südossetien“ und die Absetzung des „kriminellen Marionettenregimes“ des südossetischen Präsidenten Kokoity in Georgien als Aufgabe der allernächsten Monate angesehen.

In der Tat ist das an der wichtigsten georgisch-russischen Straßenverbindung (Roki-Tunnel) gelegene Südossetien neben Adscharien seit Jahren das wichtigste Einfallstor für unverzollte Waren nach Georgien. Der direkt an der Demarkationslinie zwischen Georgien und der auf georgisch nur als „Region Tskhinvali“ bezeichneten ehemals Autonomen Republik Südossetien gelegene Ergneti-Markt war ein Riesen-Basar, auf dem über viele Jahre Georgier, Osseten, Russen, Armenier u.a. von Mandarinen über Haushaltsgegenstände, Benzin bis zu Waffen und Drogen so ziemlich alles verschoben. Der Markt war zugleich die wichtigste Einnahmequelle des Regimes des als kriminelle Autorität bekannten Edward Kokoity, der sich 2002 zum Präsidenten Südossetiens wählen ließ und seither den schnellstmöglichen Anschluß der Region an Rußland und die nordossetischen „Brüder“ jenseits der Grenze propagiert. Immerhin haben die Mehrheit der Südosseten mittlerweile die russische Staatsbürgerschaft erworben, womit u.a. die russische Duma „ihre Pflicht zur Einmischung im Interesse der eigenen Bürger“ begründet.

Mit ihrer im Mai 2004 gefällten Entscheidung, den Ergneti-Markt zu schließen, zerriß die neue georgische Regierung daher über Nacht ein auf stillschweigendem Gentlemen-Agreement gründendes Netzwerk profitabler Geschäftsbeziehungen, an dem georgische wie südossetische Staatsbedienstete und nicht zuletzt Angehörige der russischen Friedenstruppe maßgeblichen Anteil hatten. Sie zerstörte damit zugleich einen jahrelang stabilen Status quo, der den unkontrollierten Austausch von Menschen und Waren über die Konfliktgrenze hinweg zu den Bedingungen des Schwarzmarktes ermöglicht hatte.

Zugleich verfolgt die georgische Regierung die Errichtung einer gemeinsamen russisch-georgischen Zollstation am Roki-Tunnel; auch dies ein Anliegen, das natürlich den südossetischen Interessen fundamental widerspricht. Während Saakaschwili auf pragmatische Vereinbarungen mit seinem neuen „Männerfreund“ Putin auf höchster Ebene setzt, reagieren Regierung und Bevölkerung in Südossetien extrem nervös. Die Stationierung zusätzlicher georgischer Polizeieinheiten in den georgisch kontrollierten Teilen Südossetiens, die gegeneinander gerichtete inflationäre Errichtung von Straßenkontrollpunkten, die georgische Politik von „Zuckerbrot und Peitsche“ (Lieferungen von Lebensmitteln, Schulbüchern, Dünger) an Einwohner Südossetiens bei gleichzeitiger Verschärfung der Rhetorik gegenüber dem südossetischen Regime haben seit Mitte Juni 2004 die Ängste vor einem Wiederauflammen militärischer Auseinandersetzung massiv geschürt. Die Festnahme von 50 georgischen Polizisten durch südossetische Einheiten in der zweiten Juliwoche auf südossetischem Territorium und ihr erniedrigendes Vorführen im russischen Fernsehen, das sich wie fast alle russische Medien und wie die Duma eindeutig auf die Seite der Südosseten stellt, war bisher der Höhepunkt der Eskalation. Zwar wurden die meisten nach 2 Tagen wieder freigelassen, doch sorgte die Festsetzung eines russischen Konvois mit hochgefährlichen Raketen, die angeblich für die russischen Friedenstruppen bestimmt waren, durch georgische Einheiten für das Anhalten der Spannungen.

Georgien beschuldigt die südossetische Regierung im Verbund mit einem kriminellen Netzwerk aus Mitgliedern der russischen Generalität und der Geheimdienste, einen neuen Krieg vom Zaun brechen zu wollen, um die eigene Existenz zu retten. Saakaschwili und seine Regierung versichern, sich auf keinen Fall zu einer neuen bewaffneten Auseinandersetzung provozieren zu lassen; zugleich verspricht man dem einheimischen Publikum die Lösung des Problems und die Wiedereingliederung der Region „innerhalb weniger Monate“. Auf welchem Weg diese kurzfristige Lösung friedlich erreicht werden soll, bleibt nach den Erfahrungen der letzten Wochen allerdings völlig unklar.

2.4.2 Abchasien

In Abchasien wurde im September 2003 feierlich das zehnjährige Jubiläum des „Sieges im Unabhängigkeitskrieg“ begangen. Gefeierte wurde ein von Georgien immer wieder auch durch Gewaltaktionen in Frage

gestellter Status quo, der dem kleinen Land die faktische Unabhängigkeit von Georgien bei starker politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit von Rußland sichert, ihm aber angesichts der internationalen Isolation keine dauerhaften Entwicklungsperspektiven bietet. Ungelöst bleibt die Frage der Rückkehr der aus Abchasien vertriebenen Georgier (ca. 200.000, vor dem Krieg stellten die Georgier die Mehrheit bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 350.000 E.). Die Rückkehr zehntausender georgischer Einwohner in die südliche Gali-Region erfolgte und erfolgt weiterhin unorganisiert und trotz insgesamt katastrophaler Sicherheitsbedingungen. Immerhin hat sich in Abchasien – anders als in Südossetien – tatsächlich eine gewisse Eigenstaatlichkeit gebildet, mit relativ funktionierenden politischen Institutionen und einer kleinen, doch aktiven Community von Nichtregierungsorganisationen und oppositionellen Medien.

Doch der Status quo wird nun von zwei Ereignissen in Frage gestellt, was ebenso Hoffnungen auf eine Belebung des Friedensprozesses ebenso nährt wie auch Befürchtungen vor einer neuen Eskalation nach südossetischem Muster: Das eine Ereignis war der schon erfolgte Macht- und Elitenwechsel in Georgien; das andere ist der Anfang Oktober 2004 anstehende Machtwechsel in Abchasien. Bei den – international nicht anerkannten – Präsidentschaftswahlen am 2. Oktober wird über die Nachfolge des schwer kranken „Vaters der Unabhängigkeit“ Ardzinba entschieden. Dies sorgt für sehr starke innenpolitische Spannungen, die bis hin zu politischen Morden reichen. Offenbar kämpft eine unter Adzinba reich gewordene Machtgruppe mit allen Mitteln um ihre Pfründe, die durch das Auftauchen aussichtsreicher Oppositionskandidaten in Gefahr geraten sind.

Die Aktionen Präsident Saakaschwilis in Adscharien und Südossetien sowie seine mehrfach gegebenen Versprechungen von einer Rückkehr Abchasiens in den georgischen Staat „während meiner ersten Amtszeit“ haben das Mißtrauen und die allgemeine Abwehr gegenüber Georgien, die in Abchasien Bevölkerung und Regierende eint, nur noch verstärkt. Noch stärker setzt man nun – eher notgedrungen als aus freiem Willen – auf ein Bündnis mit Russland, das als einziger Partner für die Sicherheit und ökonomische Entwicklung des Landes gesehen wird. Um an international gültige Reisedokumente und an vom russischen Staat gezahlte Renten zu gelangen, hat mittlerweile auch die Mehrheit der Abchasen die russische Staatsbürgerschaft angenommen, was die Konfliktlage weiter verkompliziert.

Eine gewaltfreie Konfliktlösung wird mehr Zeit brauchen, als Präsident Saakaschwili seinen Wählern versprochen hat. Es wird v.a. darum gehen, die Dynamik der Entfremdung zwischen der abchasischen und der georgischen Gesellschaft, die durch die jahrelange Politik der Blockade, Isolation und Drohgebärden von georgischer Seite und der Selbstisolation auf abchasischer Seite vorangetrieben wurde, in eine Dynamik des Vertrauensaufbaus durch langsame, konsequente und nachprüfbar Schritte der Zusammenarbeit zu konkreten Sachfragen umzudrehen. Dafür müssen auf beiden Seiten v.a. innergesellschaftlich die Voraussetzungen geschaffen werden, um auf Ausgleich bedachten Positionen Bekanntheit und öffentliche Geltung zu verschaffen.

Sollte sich die georgische Regierung, deren wichtigste Ressource die internationale Unterstützung für die territoriale Integrität Georgiens ist, bis zum Herbst 2004 zu einem expliziten dauerhaften Gewaltverzicht und zu einer konkreten, berechenbaren Politik kleiner Schritte zum Abbau der Wirtschafts- und Verkehrsblockade gegen Abchasien durchringen, könnte sie die neue abchasische Regierung vor große Herausforderungen stellen. Der Ball läge dann eindeutig auf abchasischer Seite.

2.4.3 Karabach

Auch im Karabach-Konflikt wurde im Juni 2004 das zehnjährige Jubiläum des Waffenstillstandes zwischen Armenien und Aserbaidschan begangen. Ein Waffenstillstand, der ohne die Präsenz internationaler Truppen weitgehend eingehalten wird, auch wenn an der massiv hochgerüsteten Frontlinie jährlich bis zu 200 Soldaten durch Minen, Scharfschützen etc. getötet werden.

Die Verhandlungen im Rahmen der Minsk-Gruppe der OSZE (den Co-Vorsitz teilen sich die USA, Rußland und Frankreich) verlaufen weiterhin unter hermetischem Ausschluß der Öffentlichkeit der beteiligten Länder. Allein die seit Anfang 2004 gewachsene Häufigkeit von Treffen der Minsk-Gruppe und der Außenminister Aserbaidschans und Armeniens läßt darauf schließen, daß derzeit wieder eine gewisse Dynamik in den Prozeß gekommen ist. Nach wie vor stehen sich zwei prozedurale Grundpositionen gegenüber: Aserbaidschan wünscht eine Etappenlösung, nach der zunächst Armenien im Tausch für die Aufhebung der Wirtschafts- und Verkehrsblockade die meisten der besetzten aserbaischanischen Gebiete räumt. In einem späteren Schritt könne dann der Status von Karabach „auf der Grundlage der Verfassung Aserbaidschans“ verhandelt werden. Armenien dagegen beharrt auf einer Paketlösung, bei der alle offenen Fragen auf einmal entschieden werden und die Rückgabe der Gebiete gegen die Zusicherung eines von Aserbaidschan unabhängigen Status für Berg-Karabach erfolgt.

Der komplette Ausschluß der Öffentlichkeit vom Verhandlungsprozeß wird damit begründet, daß man die möglichen Verhandlungsergebnisse nicht durch die innenpolitische Schwächung von einer der beteiligten Regierungen gefährden wolle. In der Tat ist der armenisch-aserbaidschanische Gegensatz mittlerweile innerhalb beider Gesellschaften so tief verankert, daß ein möglicher Verhandlungsfrieden auf völlig unvorbereitete Öffentlichkeiten stoßen würde. Die Gesellschaften sind stark gegeneinander abgeschottet, die Perspektiven der jeweils anderen Seite auf den Konflikt völlig fremd.

In Aserbaidschan wird seit über einem Jahr die anti-armenische Propaganda ins Extrem getrieben: Von Armeniern ist nur als „Terroristen“ die Rede, zu denen nur „Landesverräter“ Kontakt halten können. Dies bezieht sich auf die wenigen unabhängigen MitarbeiterInnen v.a. aus Menschenrechtsorganisationen, die sich weiterhin um den Kontakt zu armenischen KollegInnen in Berg-Karabach und in Armenien bemühen, um Informationen und Perspektiven auf den Konflikt auszutauschen und humanitäre Fragen zu lösen. Oft sind diese Menschenrechtsaktivisten massiven, von den Autoritäten unterstützten Medienkampagnen ausgesetzt, die bis zur Androhung körperlicher Gewalt oder der Vertreibung aus Aserbaidschan reichen. Der traurige Höhepunkt dieser Kampagnen wurde erreicht, als im Frühjahr 2004 ein aserbaidschanischer Offizierschüler bei einer NATO-Schulung im Rahmen des Partnership-for-Peace-Programms in Budapest einen armenischen Kollegen mit der Axt erschlug. Dieser Mord wurde dann in aserbaidschanischen Medien und von einigen aserbaidschanischen Offiziellen als Heldentat gefeiert.

In Armenien spielt der Karabach-Konflikt in der öffentlichen Auseinandersetzung kaum eine Rolle; für die Armenier scheint die Frage der Zugehörigkeit Berg-Karabachs zu Armenien entschieden zu sein, offen erscheint in dieser Perspektive allein die Frage der formalen Selbstständigkeit Karabachs in enger Anbindung an Armenien oder seine direkte Eingliederung in die armenische Republik. Allein die Frage des Umgangs mit den Berg-Karabach umgebenden, von armenischen Truppen besetzten Gebieten wird unterschiedlich gesehen; während einige hier zu schnellen Zugeständnissen an die aserbaidschanische Seite im Austausch gegen die Aufhebung der Wirtschafts- und Transportblockade sind, überwiegt die Position der Hardliner, die die Aufgabe der besetzten Gebiete von der Anerkennung der Unabhängigkeit Berg-Karabachs von Aserbaidschan abhängig machen. Unterschiedliche Perspektiven bestehen v.a. bei Karabach-Armeniern und Kernland-Armeniern; während erstere auf verstärkte Unterstützung des Kernlandes zur Erlangung der Unabhängigkeit pochen und einen eigenen Anspruch auf Beteiligung an Verhandlungen mit Aserbaidschan formulieren, um aus der Situation internationaler Isolation herauszufinden, wird im Kernland die Rolle der Karabach-Armenier mehr und mehr als Belastung empfunden und der „entlegenen Provinz“ zunehmend weniger Beachtung zugestanden.

2.5 Der Südkaukasus im internationalen Kräfteverhältnis

Nur kurz kann in diesem Rahmen auf die komplexe Einbettung der Region in geopolitische Zusammenhänge eingegangen werden. Notwendig ist dies dennoch, da sich in den letzten Jahren und verstärkt seit der Revolution in Georgien die Aufmerksamkeit der „Big Player“ für die Entwicklungen im Südkaukasus signifikant verstärkt hat.

Im Jahrzehnt nach der Auflösung der Sowjetunion und bis zur Zäsur des 11. September 2001 schien dem Südkaukasus die Rolle des „letzten Schlachtfeldes des Kalten Krieges“ zwischen Rußland und den USA zugekommen zu sein. Alle Gegensätze in der Region wurden sortiert in ein Kreuz zweier geopolitischer Achsen: USA-Türkei-Georgien-Aserbaidschan gegen „Rußland-Armenien-Iran“. Der Europäischen Union kam in diesem Bild nur die Rolle eines gut zahlenden Zuschauers zu, der ohne Formulierung einer eigenen Politik für die Region durch umfangreiche Finanzhilfen zur Stabilisierung des Status quo und damit der korrupten Regime in der Region beitrug. Die südkaukasischen Regierungen selbst beherrschen das Spiel mit Geopolitik virtuos, indem sie von der eigenen Verantwortung für Reform und Konfliktlösung immer wieder mit dem Verweis auf die Hilfe durch den jeweiligen „großen Bruder“ bzw. auf die Störung durch den „großen Feind“ ablenken.

Auch in den letzten zwölf Monaten ließen sich viele Entwicklungen und Handlungen nach diesem grob vereinfachenden Muster interpretieren:

Etwa die Art und Weise, wie in Rußland die georgische Revolution als „Machwerk amerikanischer Agenten und der Soros-Stiftung“ diskreditiert wurde. Oder die beschriebene Eskalation um Südossetien. Oder der Streit um den im Rahmen der OSZE vertraglich vereinbarten, von Rußland aber immer weiter verzögerten Abzug russischer Militärbasen aus Georgien. Oder der in 2003 unter Führung von British Petroleum begonnene Bau der Pipeline Baku-Tbilisi-Ceyhan (Türkei) zum Abtransport Kaspischen Öls.

Allerdings gab es in diesen zwölf Monaten auch einige Ereignisse, die auf eine neuartige pragmatische Kooperation zwischen Rußland und den USA im Südkaukasus hindeuten, so etwa die die Vermittlungsmissionen des russischen Außenministers bzw. Leiters des nat. Sicherheitsrates Ivanov zur friedlichen Abdankung von Edward Schewardnadze und später von Aslan Abaschidze, die in enger Abstimmung mit den Amerikanern erfolgten, oder die intensive Zusammenarbeit zwischen dem amerikanischen und dem russischen Co-Vorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE zum Karabach-Konflikt.

Neu ist, daß die EU sich seit etwa einem Jahr um eine eigenständigere aktive Südkaukasus-Politik bemüht. So wurde im Juni 2003 mit dem Finnen Heikki Talvitie ein Sonderbeauftragter der EU für den Südkaukasus ernannt, der direkt Javier Solana in Brüssel zugeordnet ist. Ein Jahr später beschloss Rat und Kommission der EU die Aufnahme des Südkaukasus in das Konzept „New Neighbourhood policy“, mit dem besondere Beziehungen zu den aktuellen und künftigen Anrainerstaaten, die auf absehbare Zeit keine Aufnahme Perspektive haben, entwickelt werden sollen. Die Tatsache, daß die ursprüngliche Entscheidung vom Sommer 2003, den Südkaukasus nicht in diese Initiative aufzunehmen, nach intensiver Lobbyarbeit der Kaukasier,

der Novemberrevolution in Georgien und einiger Diskussion in der EU nach weniger als einem Jahr revidiert wurde, zeigt allein schon die gewachsene Aufmerksamkeit, die die EU nun der Region zukommen lässt. Schließlich veranstaltete die holländische Regierung Ende Mai in Vorbereitung ihrer EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2004 eine große Expertenkonferenz zum Südkaukasus in Den Haag, an der auch der Verfasser dieses Berichtes teilnahm. Dies war die erste derartige Konferenz zum Südkaukasus auf höherem politischen Level in der EU, bei der auch diffizile Fragen wie die des Engagements der EU in den nichtanerkannten politischen Entitäten des Südkaukasus im Detail diskutiert wurden. Die Ergebnisse und Empfehlungen des Treffens sind über die Website des European Centre for Conflict Prevention abrufbar (www.conflict-prevention.net).

3. Die Arbeit des Regionalbüros der Heinrich-Böll-Stiftung

Im Juni 2003 wurde das neue Regionalbüro der Heinrich-Böll-Stiftung in Tbilisi mit einem großen Empfang und einer Ausstellung zu Leben und Werk Heinrich Bölls in der georgischen Nationalbibliothek eröffnet. Das Büro befindet sich in einem älteren Haus in einer der besseren Gegenden der Stadt, mit einem wunderschönen weinüberrankten Innenhof, einer grossen Terasse und einem kleinen Veranstaltungssaal, der bis zu 40 Personen Platz bietet.

Innerhalb eines Jahres ist das Büro zu einer festen Adresse innerhalb der gesellschaftspolitischen Szene Tbilisis geworden. Dazu haben v.a. die seit der Novemberrevolution 14-tägig ausgerichteten Mittwochsdebatten beigetragen, bei denen unter Leitung eines bekannten Journalisten aktuelle Fragen georgischer Reformpolitik und notwendige Schritte zur Lösung der Konflikte in Südossetien und Abchasien diskutiert werden und die bislang immer den Veranstaltungsraum bis auf den letzten Platz gefüllt haben.

Im Büro arbeiten derzeit der Büroleiter und fünf georgische Kolleginnen sowie eine deutsche Praktikantin. Außerdem verfügt das Büro über eine assoziierte Honorarkraft in Baku, die die Veranstaltungen der Stiftung in Aserbaidschan betreut und regelmäßige Berichte zur dortigen politischen Entwicklung liefert. Für die Arbeit in anderen südkaukasischen Regionen stützt sich das Büro auf ein gut ausgebautes Kontaktnetzwerk aus Nichtregierungsorganisationen und Einzelpersonen.

Die Arbeitsrichtungen des Regionalbüros konzentrieren sich auf vier Bereiche:

3.1 Konfliktbearbeitung und grenzüberschreitende Dialoge

Noch vor der eigentlichen Büroeröffnung fand im März 2003 in Tbilisi das Auftakttreffen zum von den Büros Tbilisi und Moskau gemeinsam organisierten georgisch-russischen Dialog auf zivilgesellschaftlicher Ebene statt. Ziel dieses Projektes ist eine Aktivierung des Austausches zwischen demokratischen und liberalen Kräften auf beiden Seiten, um gemeinsam an einem Ausbau der zwischengesellschaftlichen Beziehungen zu arbeiten und positiv auf das gespannte politische Verhältnis der beiden Länder einzuwirken. Das erste Treffen mit ca. 20 TeilnehmerInnen widmete sich der Rolle und Bewertung der sowjetischen Vergangenheit in Rußland und Georgien und führte zu intensiven Diskussionen über die meist verdrängte und verleugnete Gegenwart dieser sowjetischen Vergangenheit im politischen Alltag beider Länder. Das nächste Treffen fand im Juli 2003 in Moskau statt und beschäftigte sich mit der problematischen Rolle der orthodoxen Kirche in Staat und Gesellschaft beider Länder. Wegen der großen Relevanz des Themas im krisengeschüttelten Georgien, in dem der orthodoxen Kirche als Gralshüter einer reaktionär-nationalistisch ausgerichteten Ideologie politische und wirtschaftliche Privilegien eingeräumt werden und wo regelmäßig orthodoxe Extremisten Übergriffe gegen Angehörige anderer Konfessionen und ökumenische Versammlungen organisieren, wurde die Durchführung einer weiteren Tagung im größeren Rahmen in Tbilisi vereinbart. Diese für Herbst 2003 geplante Tagung musste wegen der politischen Ereignisse zweimal verschoben werden und fand schließlich im Januar 2004 im Goethe-Institut in Tbilisi statt. Die wichtigsten Beiträge und Diskussionen beider Tagungen wurden als russischsprachige Broschüren vom Büro Tbilisi veröffentlicht.

Neben diesen 2 bis 3 mal jährlich stattfindenden Tagungen organisiert das Büro mit Unterstützung der Moskauer KollegInnen eine Reihe kleinerer Austauschprojekte, so z.B. eine Büchersammlung unter Moskauer Verlagen für die georgische Nationalbibliothek, den Austausch von StipendiatInnen beider Büros, Vortragsveranstaltungen für russische Gäste etc.

Zum Einstieg in eine aktivere Beteiligung an dem seit Jahren mit Unterstützung westlicher Initiatoren geführten georgisch-abchasischen Dialogprozess übernahm das Regionalbüro die Teilfinanzierung von drei verschiedenen Buchprojekten, die alle geeignet sind, wichtiges zum Perspektivenaustausch zwischen den gegeneinander abgeschotteten Gesellschaften beizutragen.

Zum einen handelt es sich um das auf gemeinsame Initiative eines georgischen und eines abchasischen Koordinators entstandene Buchprojekt „Zeit zu leben“, das Erzählungen von Schriftstellern aus allen Regionen des Südkaukasus versammelt, die sich mit Kriegserlebnissen in den 90er Jahren beschäftigen. Das in russischer Sprache veröffentlichte Buch wird im zweiten Halbjahr 2004 in allen politischen Entitäten des Südkaukasus auf öffentlichen Lesungen präsentiert.

Zum zweiten unterstützt die Stiftung einen öffentlichen Briefwechsel zwischen einem georgischen Schriftsteller, der durch den Krieg aus Abchasien vertrieben wurde, und seinem abchasischen Freund und Kollegen aus Vorkriegszeiten. Der über ein Jahr geführte Briefwechsel soll wichtige, tabuisierte Fragen des georgisch-abchasischen Verhältnisses und des Krieges behandeln und schließlich in Buchform in russischer und georgischer Sprache erscheinen.

Schließlich finanziert die Stiftung die Arbeit an einer „Geschichte Abchasiens“, die von einem georgischen Historiker abchasischer Abstammung geschrieben wird, der für seine Verdienste um die Bekämpfung nationalistischer und kriegstreibender historischer Mythenbildung auf beiden Seiten des Konfliktes hohen Respekt genießt.

Einen wichtigen Teil der Arbeit der Stiftung zum Abchasien-Konflikt bilden die regelmäßig veranstalteten Mittwochsdebatten im Büro der Stiftung, bei denen Forderungen nach der Neuformulierung einer georgischen Abchasien-Politik eine große Rolle spielen. So war beispielsweise kurz nach Amtsantritt der neue georgische Minister für Konfliktregulierung, Goga Haindrava, Gast der Mittwochsdebatte und musste sich sehr kritischen Fragen nach seinen Konzepten für georgisch-abchasischen Vertrauensaufbau und Flüchtlingsarbeit stellen.

Im Juni 2004 schließlich organisierte das Regionalbüro Südkaukasus in Moskau gemeinsam mit dem dortigen Büro eine trilaterale georgisch-abchasisch-russische Konferenz von VertreterInnen aus Nichtregierungsorganisationen, Parlamenten, Medien und politischen Thinktanks, bei dem die Rolle Rußlands im Abchasien-Konflikt im Mittelpunkt stand. Alle Vortrags- und Diskussionsbeiträge dieses intensiven und aufschlußreichen Treffens werden in russischer und englischer Sprache im Rahmen der Dokumentationsbände der University of California in Irvine/USA zum georgisch-abchasischen Dialogprozess veröffentlicht.

Wie auch in den anderen Dialogprozessen zur Konfliktbearbeitung, arbeitet das Regionalbüro eng mit anderen westlichen Organisationen zusammen, die sich teilweise seit Jahren um einen stetigen inner- und zwi-schengesellschaftlichen Konfliktbearbeitungsprozess bemühen. Dies sind v.a. die Londoner Organisationen Conciliation Resources und International Alert, die University of California/Irvine und das Berghof Forschungszentrum für Konstruktive Konfliktbearbeitung in Berlin.

Dialoginitiativen zum Karabach-Konflikt: In diesem – wegen der hohen politischen Hürden – extrem schwierigen Feld konnten bislang nur kleine Schritte unternommen werden. Die Heinrich-Böll-Stiftung gab einen von einem gemischten abchasisch-georgischen Team gedrehten Dokumentarfilm über Berg-Karabach in Auftrag, der ab Juli 2004 auf allen am Konflikt beteiligten Seiten gezeigt wird und als Auftakt für eine Serie Runder Tische genutzt werden soll, mit der die Stiftung die innergesellschaftliche Diskussion über Auswege aus der Sackgasse des Status quo fördern will. Außerdem wurde mit der Föderation der aserbaidshani-schen Menschenrechtsorganisationen eine Serie öffentlicher Debatten in Baku über die Menschenrechtsverpflichtungen des Landes gegenüber dem Europarat organisiert, da interne Demokratiedefizite und externe Unfähigkeit zur Konfliktlösung unmittelbar miteinander zusammenhängen.

Das bislang bedeutendste und kontinuierlichste Projekt der Heinrich-Böll-Stiftung zum Karabach-Konflikt ist die seit 1998 geförderte Arbeitsgruppe zur Freilassung von Gefangenen und Suche nach Vermissten des Karabach-Konfliktes (www.agkk.org). Koordiniert von dem Deutschen Bernhard Clasen, der Russin Svetlana Ganuschkina und dem Georgier Paata Zakareischwili bemüht sich die Gruppe mit ihren drei lokalen MitarbeiterInnen in Baku, Stepanakert und Jerevan, über ihre informelle humanitäre Arbeit Informationsbrücken zwischen den Familien von Geiseln und Kriegsgefangenen, Vermissten und Gefallenen aufzubauen und die für diese Arbeit zuständigen staatlichen Kommissionen zur Arbeit anzutreiben. Dank der Arbeit der Gruppe konnten schon zahlreiche Gefangene und „Privatgeiseln“ befreit werden und nach Hause zurückkehren. Da es nach Untersuchungen der Gruppe entgegen der Propaganda beider Seiten heute praktisch keine lebenden Gefangenen mehr gibt, konzentriert sich die Arbeit nun auf die Suche nach den Todes- und Begräbnisorten und auf die Überführung der Überreste von Gefallenen und Vermissten. Die Bestattung von Toten am Ort ihrer Herkunft ist in den kaukasischen Kulturen von enorm hoher Bedeutung für die Angehörigen.

Diese an sich rein humanitäre Arbeit gerät angesichts der verhärteten Fronten im Karabach-Konflikt immer wieder in die politische Schußlinie. Im Juni 2004 wurde der aserbaidshani-sche Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Avaz Hazanov, der zugleich Honorarkraft der Heinrich-Böll-Stiftung in Aserbaidshani-schan ist, nach seiner Rückkehr nach Baku von einem Arbeitsbesuch der Gruppe in Karabach einer öffentlichen Schmähekampagne unterzogen, die bis zur Stürmung seines Büros durch eine Gruppe junger Männer führte, die ihm für den Fall eines weiteren Karabach-Besuches seine Ermordung androhten.

Die zweite Programmkomponente im Bereich Konfliktbearbeitung ist die schon seit 1996 bestehende Zusammenarbeit mit dem Kaukasischen Haus in Tbilisi, einem Zentrum für Kultur- und Frieden, dessen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sich darauf konzentriert, in Georgien gesamtkaucasische Entwicklungsperspektiven Geltung zu verschaffen und ein Forum für kulturellen und politischen Austausch in Georgien und mit den de-facto-Republiken Abchasien und Süd-Ossetien anzubieten. Ein Schwerpunkt in der Seminararbeit des Kaukasischen Hauses im aktuellen Förderzeitraum wird auf Probleme religiöser Intoleranz und Extremismus gelegt, einem in den letzten Jahren auch tagespolitisch brisanten Thema in Georgien. Ein wichtiger Teil der von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützten Arbeit des Kaukasischen Hauses ist die Herausgabe der russischsprachigen Zeitung „Kaukasischer Akzent“, die die wichtigsten Inhalte der Arbeit des Hauses

widerspiegelt, Berichte und Analysen aus allen Regionen des Kaukasus veröffentlicht und sich v.a. in Abchasien, Südossetien und in einigen Regionen des Nordkaukasus als einzige Zeitung aus Georgien großer Beliebtheit erfreut. Auch organisatorisch hat sich das Kaukasische Haus im Förderzeitraum weiterentwickelt: Mit Mitteln anderer GeberInnenorganisationen konnte eine Filiale des Hauses in Ostgeorgien aufgebaut werden, die internationale und regionale Vernetzung des Hauses hat zugenommen, und vom Kaukasischen Haus hergestellte Filme oder Interviews mit MitarbeiterInnen des Hauses wurden mehrfach in den wichtigsten Fernsehkanälen gezeigt.

3.2 Netzwerk junger ExpertInnen für soziale Bildung und nachhaltige Entwicklung

Den größten finanziellen und zeitlichen Aufwand investierte das Regionalbüro Südkaukasus in seinem ersten Jahr in den Aufbau eines südkaukasischen Sur-place-Stipendienprogramms für junge NachwuchswissenschaftlerInnen bis zu 35 Jahren. Ziel dieses Programms ist es zum einen, zur grundlegenden thematischen und methodischen Erneuerung der Sozialwissenschaften (Soziologie/Zeitgeschichte/Urbanistik) im Südkaukasus beizutragen, die sich bis heute von dem nahezu bruchlosen Übergang von der marxistisch-leninistischen Dogmatik zu einer nationalistisch-affirmativen Pseudowissenschaft zu Beginn der 90er Jahre kaum erholt haben. Zum anderen baut die Stiftung damit an einem grenzüberschreitenden Netzwerk junger ExpertInnen für die Durchführung von Projekten im Bildungs- und Medienbereich sowie zum Thema nachhaltige Stadtentwicklung. Zielgruppe sind junge WissenschaftlerInnen mit Universitätsabschluss, die unter den schlechten wirtschaftlichen Bedingungen in der Region auch nach Rückkehr von längeren Westaufenthalten aus finanziellen Gründen meist kaum die Möglichkeit haben, sich weiter ihren wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Interessen zu widmen.

Zum Jahresende 2003 startete das Programm nach aufwendigen Vorbereitungen und transparentem Auswahlprozess mit 29 StipendiatInnen (18 Frauen, 11 Männer) aus allen südkaukasischen Staaten, die sich mit Themen wie „Das Fremde und das Eigene – Identitätsbildung im Südkaukasus“, „Wandel von Gender-Stereotypen in Georgien“, „Religion im modernen Staat“ oder auch „Konzepte zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs in Jerevan“ beschäftigen. Eine ausführliche Themenliste der Arbeiten der StipendiatInnen kann auf der Website des Regionalbüros www.boell.ge eingesehen werden.

Parallel bzw. in Vorbereitung des Stipendienprogramms wurde ein Netzwerk von BeraterInnen aus allen südkaukasischen Staaten und aus Deutschland und Rußland aufgebaut, die als ExpertInnen für individuelle Konsultationen und als Vortragende auf den verschiedenen Arbeitstagen des Programms zur Verfügung stehen.

Die ersten Konferenzen im Dezember 2003 und April 2004 führten bereits zu intensiven Debatten über die notwendige Erneuerung der Sozialwissenschaften und zu ersten Ideen zukünftiger gemeinsamer Projekte. Ende Juli 2004 versammeln sich die StipendiatInnen gemeinsam mit ExpertInnen aus mehreren Ländern im georgischen Bergort Bakuriani für eine einwöchige intensive Sommerschule.

3.3 Unterstützung und Beratung für Frauenempowerment-Initiativen

In 2003 richtete sich die Aufmerksamkeit des Regionalbüros in erster Linie auf die Entwicklung einer längerfristigen Zusammenarbeit mit der Liga kaukasischer Frauen, einem Zusammenschluss von Fraueninitiativen aus fast allen Regionen des Süd- und Nordkaukasus. Ziel der Liga ist es, die Rolle von Frauen in gesellschaftspolitischen Prozessen und insbesondere bei der Lösung der regionalen Konflikte im Kaukasus zu stärken. Im Mai 2003 richtete das Regionalbüro in seinen Räumen ein Arbeitstreffen der Koordinatorinnen der Liga aus, und im September 2004 finanzierte die Stiftung das Pilotprojekt der Reise einer „mobilen Gruppe“ nach Südossetien: Eine fünfköpfige, aus Mitgliedern der Liga aus verschiedenen Ländern und Regionen zusammengesetzte Gruppe reiste in die politisch isolierte Region, um öffentliche Aufmerksamkeit auf besondere Fälle der Diskriminierung von Frauen zu lenken und lokalen frauenpolitischen Initiativen Ermutigung und internationale Unterstützung zuteil werden zu lassen. Nach diesem Muster sollen „mobile Gruppen“ regelmäßig in kaukasische Regionen reisen, auch um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Frauengruppen zu stärken und ihr Potenzial für einen eigenen Beitrag zur Konfliktbearbeitung zu erkunden. Als nächstes ist die Reise einer mobilen Gruppe nach Berg-Karabach und Aserbaidschan geplant, an der sich das Regionalbüro mit einer Teilfinanzierung beteiligen wird.

Im Rahmen des frauenpolitischen Arbeitsbereiches des Kaukasischen Hauses wurde mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung im Frühjahr 2004 ein „Wörterbuch der Gender-Terminologie“ in russischer und georgischer Sprache veröffentlicht, das mittlerweile sogar von einer aserbaidshianischen Tageszeitung nachgedruckt wird.

3.4 EU-Südkaukasus-Dialog:

Ein kleinerer, doch sehr wichtiger Arbeitsbereich des Regionalbüros ist die Organisation von Tagungen, Workshops und Vortragsveranstaltungen in den südkaukasischen Hauptstädten und in Deutschland und Westeuropa zur Entwicklung des Verhältnisses zwischen dem Südkaukasus und der Europäischen Union.

Ziel ist es, auf der südkaukasischen Seite und hier v.a. in Georgien statt dem gebräuchlichen oberflächlichen, meist reichlich pathetischen Bekenntnis zur „Integration des Landes in EU und NATO“ die „Europäische Nachbarschaftspolitik“ der EU und die Mitgliedschaft der südkaukasischen Staaten im Europarat als Ressource für Demokratisierung und Durchsetzung von Menschenrechten im Südkaukasus zu thematisieren und konkrete Schritte zu ihrer gezielten Nutzung zu diskutieren. Auch die EU-Politiken im Bereich Gender-Mainstreaming und nachhaltige Entwicklung sollen als integrierter Bestandteil der Anforderungen an eine potentielle EU-Annäherung Georgiens bekannt gemacht und diskutiert werden.

Auf der Seite der Europäischen Union soll für eine weitere Profilierung und Aktivierung der EU-Politik gegenüber dem Südkaukasus geworben werden. Es ist für die weitere Entwicklung der Europäischen Union entscheidend, ob sie sich gegenüber ihren Nachbarn im Süden und Osten zukünftig eher als durch Schengen-Grenzen abgeriegelte Festung und Insel der Reichen präsentiert oder als offener, kooperativer und fairer Nachbar, der Mitverantwortung für die Entwicklung der Gesellschaften jenseits der eigenen Grenzen übernimmt. Dazu muss die „New-Neighbourhood-Policy“ von einem reichlich abstrakten Konzept zu einer konkreten, vielfältigen und erfolgreichen Praxis weiterentwickelt werden.

Im ersten Jahr seines Bestehens organisierte das Regionalbüro drei Veranstaltungen zu diesem Themenkomplex: Ein internationales Fachgespräch „The South Caucasus – a challenge for the EU?“ im Mai 2003 in Berlin, eine Besuchsreise dreier PolitologInnen aus den südkaukasischen Staaten nach Berlin mit Vortragsveranstaltungen zum Thema „Der Südkaukasus nach den Wahlen des Jahres 2003“ unmittelbar vor der georgischen Novemberrevolution und schließlich mit Unterstützung des Brüsseler Büros der Heinrich-Böll-Stiftung eine internationale Konferenz „Caucasian Preconditions for an Integrated European Policy towards the South Caucasus“ Anfang Juni 2004 in Tbilisi (Bild), an der auch Winfried Nachtwei und Reinhard Weisshuhn aus der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Grüne teilnahmen.

Die Dokumentationen der Tagungen in Berlin und Tbilisi in englischer und deutscher Sprache sind über die Website des Regionalbüros www.boell.ge abrufbar.

4. Ausblick

Die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung im Südkaukasus wird auch im kommenden Jahr auf viele kurzfristige und oft unvorhersehbare Entwicklungen zu reagieren haben.

Viele hoffen auf eine Intensivierung des zivilgesellschaftlichen Dialogprozesses zum Abchasien-Konflikt nach den abchasischen Präsidentschaftswahlen im Herbst. Möglicherweise wird sich die Heinrich-Böll-Stiftung an einem internationalen Projekt zur Beobachtung des Wahlprozesses in Abchasien durch internationale und regionale Nichtregierungsorganisationen beteiligen. Auch wenn die Wahlen wegen der fehlenden internationalen Anerkennung Abchasien keine völkerrechtliche Legitimation besitzen, wird doch selbst von georgischer Seite eingeräumt, daß eine weitgehend faire und transparente Wahl eines neuen Präsidenten in Abchasien die Aussichten stärken würde, mit ihm in zukünftigen Verhandlungen zu guten Ergebnissen zu kommen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung wird sich um den Ausbau ihres Kontaktnetzes in Abchasien bemühen, was angesichts des Niederlassungsortes des Büros „auf der Seite des Feindes“ an sich schon keine leichte Aufgabe ist. Kleinprojekte im Menschenrechtsbereich und die Unterstützung von Empowermentinitiativen für Frauen bieten hier gute Ansatzpunkte. Gemeinsam mit Conciliation Resources und der University of California/Irvine werden im nächsten Jahr weitere trilaterale georgisch-abchasisch-russische Treffen stattfinden, um die Analyse der Interessen und Werte dieser drei am Konflikt beteiligten Seiten weiterzutreiben.

Zum Karabach-Konflikt werden anschließend an die Präsentationen des Karabach-Dokumentarfilms weitere innergesellschaftliche Diskussionsrunden organisiert werden, um neue Positionen und neue Beteiligte für spätere Treffen mit der anderen Konfliktpartei vorzubereiten. Diese Treffen werden teilweise gefilmt werden, damit die Aufnahmen später auf anderen Seite gezeigt werden können.

Die Reihe Runder Tische mit der Föderation der Menschenrechtsorganisationen zu den Menschenrechts-Verpflichtungen gegenüber dem Europarat wird fortgeführt. Zeitpunkt, Themen, Ort und Format werden in Abhängigkeit von aktuellen innenpolitischen Entwicklungen in Aserbaidschan auszuwählen sein.

Ob sich die Situation in Südossetien in den nächsten Monaten so stabilisiert, daß Veranstaltungen mit Gästen aus Georgien, Südossetien und Nordossetien (Rußland) wieder möglich werden, ist im Augenblick nicht abzusehen. Für den positiven Fall plant die Heinrich-Böll-Stiftung die Beteiligung an einer Konferenz des International Institute for Security Studies (IISS) zu Südossetien und die Durchführung eines weiteren, kleineren Treffens im nordkaukasischen Wladikavkaz.

Im Zentrum der Debattenreihe der Heinrich-Böll-Stiftung in Tbilisi werden im folgenden Jahr drei Themen stehen:

- Kampf gegen Korruption und Kriminalität – ein Grund zur Aushöhlung des Rechtsstaates?
- Wege aus der Konfliktsackgasse – Südossetien und Abchasien
- Dezentralisierung des georgischen Staatsaufbaus vor den Kommunalwahlen 2005

Im September werden in Tbilisi und im westgeorgischen Kutaisi zwei Seminare in Zusammenarbeit mit dem Berliner Verein Ost-West-Europäisches Frauennetzwerk (OWEN) durchgeführt, wodurch die Autobiographie-Arbeit von Frauen als wichtige Ressource für Empowerment bekannt gemacht werden soll.

Im November wird sich eine russisch-georgische Tagung in Tiflis dem Thema „Ein Jahr nach der ‚Rosenrevolution‘ – Auswirkungen auf das georgisch-russische Verhältnis“ widmen. Ebenfalls im November treffen sich auf Einladung des Büros Istanbul der Heinrich-Böll-Stiftung VertreterInnen von Menschenrechtsinitiativen aus dem Südkaukasus und der Türkei zu einem Austausch.

Für das Jahr 2005 schreibt das Regionalbüro Südkaukasus erneut 25 Sur-place-Stipendien für junge NachwuchswissenschaftlerInnen aus. Zugleich wird mit einigen der bisherigen StipendiatInnen an der Umsetzung erster gemeinsamer Projekte im Rahmen des entstandenen Netzwerkes gearbeitet.

Schließlich steht im Rahmen des EU-Südkaukasus-Dialogs eine Besuchsreise einer Gruppe von wichtigen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen aus dem Kaukasus nach Brüssel an. Im Frühjahr 2005 werden sich Workshops der Stiftung mit den georgischen Vorschlägen für einen Aktionsplan im Rahmen der EU-New-Neighbourhood-Policy befassen.

Anhang 1, Chronologie Juni 2003 – Juli 2004

12.06./13.06.

Eröffnung des Regionalbüros Südkaukasus der Heinrich-Böll-Stiftung und einer Ausstellung zu Leben und Werk Heinrich Bölls in der georgischen Nationalbibliothek

15.–18.06.

Reise mit Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung nach Baku, Aserbaidshan

01./02.07.

Konferenz des Kaukasischen Forums von NGOs in Pitsunda/Abchasien

11.–13.07.

Georgisch-russische Konferenz zum Thema „Rolle der Orthodoxie in Staat und Gesellschaft“ in Moskau

13.08.

Besuch des MdB Rudolf Thaus (SPD, stellv. Vorsitzender der dt.-kaukasischen Parlamentariergruppe)

22.–26.08.

Abchasien-Reise des Büroleiters; Vorstellung der Stiftungsarbeit allgemein und des regionalen Stipendienprogramms; Treffen mit Außen- und Bildungsminister der de-facto-Regierung

29.08.

Reise nach Südossetien, Vorstellung der Stiftungsarbeit, Treffen mit verschiedenen Zeitungsredaktionen

11.–13.09.

Regionale ExpertInnen-Konferenz in Tbilisi zur Vorbereitung des Stipendienprogramms mit WissenschaftlerInnen aus allen südkaukasischen Staaten, aus Deutschland und Rußland

15.09.–17.09.

Reise nach Baku, politische Gespräche zum Karabach-Konflikt mit NGO-VertreterInnen und verschiedenen Botschaften

23.09.–26.09.

Auslands-Planungskonferenz Berlin

01.–31.10.

1. Ausschreibung des regionalen Stipendienprogramms

15.10.

Präsidentschaftswahlen in Aserbaidshan mit anschließenden gewaltsamen Auseinandersetzungen

23.10./24.10.

Planungskonferenz mit dem Kaukasischen Haus Tbilisi

10.11.–15.11.

Besuchsreise nach Berlin mit drei südkaukasischen PolitologInnen; Teilnahme an Südkaukasus-Konferenz von BMZ und AA; Vortrags- und Diskussionsveranstaltung: „Der Südkaukasus nach den Wahlen“

22.11.

„Rosenrevolution“ in Georgien: Sturm des Parlamentes durch Demonstranten

23.11.

Rücktritt Präsident Schewardnadzes

15.11.–06.12.

Auswahlverfahren Stipendienprogramm

27.11.

Auswahlgespräche StipendiatInnen Tbilisi

01.12.

Auswahlgespräche StipendiatInnen Baku

06.12.
Auswahlgespräche StipendiatInnen Jerevan

16.12.
Besuch MdB Christoph Bergner (CDU, Vors. der dt-kauk. Parlamentariergruppe)

19.12./20.12.
Eröffnungskonferenz Stipendienprogramm in Tbilisi

21.12.
Empfang für PartnerInnen und FreundInnen der Heinrich-Böll-Stiftung zum Geburtstag Heinrich Bölls

04.01.2004
Vorgezogene Präsidentschaftswahlen in Georgien

22.01.–25.01.
Georgisch-russische Konferenz in Tbilisi: Orthodoxie in Rußland und Georgien

03.02.
Präsentation des „Wörterbuch der Gender-Terminologie“ im Kaukasischen Haus

15.02.
Reise nach Kutaisi (Westgeorgien), Treffen mit verschiedenen Flüchtlingsorganisationen und NGOs

25.02.
Erste öffentliche „Mittwochsdebatte“ in den Räumen des Regionalbüros zum Thema: Was erwarten wir von der neuen Regierung in Sachen Abchasien?

26.02.–02.03.
Reise nach Berg-Karabach: Absprachen zur Weiterarbeit der AG Karabach und zur Vorbereitung von Filmpräsentationen im Herbst

22.03.
1. Runder Tisch gemeinsam mit der Föderation der Aserbaidshaischen Menschenrechtsorganisationen: Verpflichtungen Aserbaischans gegenüber dem Europarat (Öff. Fernsehen, Zulassung freier Anwälte)

30.03.
Moskau: Teilnahme an Konferenz von International Alert: Business and Conflict in the Caucasus

01.04./02.04.
Georgisch-abchasisches Arbeitstreffen in Moskau

22.04.–25.04.
Frühjahrstagung der StipendiatInnen in Tbilisi

17.05.
2. Runder Tisch gemeinsam mit der Föderation der Aserbaidshaischen Menschenrechtsorganisationen: Verpflichtungen Aserbaischans gegenüber dem Europarat (Antikorruptions-Gesetz)

22.05.–26.05.
Teilnahme an der EU-Konferenz „The South Caucasus – a Challenge for the EU“ in Den Haag

01.06.–04.06.
Besuch von MdB Winnie Nachtwei und Reinhard Weissshuhn, Fraktion Bündnis90/Grüne

01.06./02.06.
Internationale Konferenz „Caucasian Preconditions for an Integrated Policy of the EU towards the South Caucasus“, Tbilisi

20.06.–22.06.
Georgisch-abchasisch-russische Konferenz in Moskau: Der „russische Faktor“ im Abchasien-Konflikt

Anhang 2: Liste der Veröffentlichungen

Veröffentlichungen:

«Роль православия в обществе и в государстве в России и Грузии» (Die Rolle der Orthodoxie in Gesellschaft und Staat in Russland und Georgien), Tbilisi, August 2003

«Словарь гендерных терминов» (Wörterbuch der Gender-Terminologie), Tbilisi, Kaukasisches Haus, Februar 2004

Walter Kaufmann, Tbilisi, Juli 2004 – Website des Regionalbüros: www.boell.ge